

WISO

Nr. 2/22
Dezember 2022
45. Jahrgang

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Schwerpunkt:
**ENERGIE IN DER NAHEN ZUKUNFT –
LEISTBAR, SOZIAL UND ÖKOLOGISCH?**

Birgit Mahnkopf: Zurück zu Atomstrom, Holz und Kohle? Europäische Antworten auf die „Energiekrise“ eskalieren den Krieg gegen den Planeten • **Charlotte Jüsten, Felix Steinhardt:** Energie-Grundanspruch statt Strompreisbremse: Wieso das Experiment des liberalisierten Energiemarktes gescheitert ist und wie eine klimasoziale Energieversorgung aussehen muss • **Hans-Jürgen Urban:** Die Poly-Krise des globalen Kapitalismus als Strategieproblem der Gewerkschaften

WISO Praxisforum

Rudolf Lehner: Die Abschaltung der Energieversorgung ist kein unvermeidbarer Schicksalsschlag! • **Sandra Matzinger, Christian Berger:** Die Energiewende aus Geschlechterperspektive • „Man muss den Kapitalismus in die Schranken weisen“ – **Interview mit Christian Kempinger**

Energie-Grundanspruch statt Strompreisbremse: Wieso das Experiment des liberalisierten Energiemarktes gescheitert ist und wie eine klimasoziale Energieversorgung aussehen muss

1. Milliardengewinne: OMV und Verbund profitieren von der Krise	36
2. Auswirkungen des Handels von Energie an Börsen	36
2.1 Der Merit-Order-Effekt: Steigende Strompreise trotz gleichbleibender Produktionskosten	36
2.2 Instabile Energiepreise als Ergebnis von Spekulationen	38
3. Überverbrauch von reichen Haushalten	38
4. Die Strompreisbremse: Ungerecht und klimaschädlich	39
5. Klimasozialer Grundanspruch statt neoliberalen Marktradikalismus: Das Problem an der Wurzel packen	41
5.1 Der Attac Energie-Grundanspruch	42
5.2 Energie-Grundanspruch statt Strompreisbremse: Ein erster Schritt auf dem Weg zur Bedarfs-Ökonomie	45

Charlotte Jüsten

ist Teil des Kampagnenteams "Energiegrundanspruch" von Attac Österreich und studiert Politikwissenschaft im Master an der Universität Wien

Felix Steinhardt

ist Teil des Kampagnenteams "Energiegrundanspruch" von Attac Österreich und studiert Socio-Ecological Economy and Policy im Master an der Wirtschaftsuniversität Wien.

*absurde Szenen
in Österreich:
Gleichzeitigkeit
von unbezahlbaren
Strom- und
Gasrechnungen
und Rekordgewin-
nen der Energie-
lieferanten*

1. Milliardengewinne: OMV und Verbund profitieren von der Krise

In Österreich spielen sich derzeit absurde Szenen ab. Auf der einen Seite machen sich viele Menschen große Sorgen, ihre Strom- und Gasrechnung nicht mehr zahlen zu können. Gleichzeitig verzeichnen große Energielieferanten wie die OMV oder die Verbund AG Gewinne in Rekordhöhe. Während für Gas- und Öl-Konsument:innen die Preise seit Anfang des Jahres um 40,7 Prozent anstiegen, verzeichnete die OMV allein im 3. Quartal der Krise € 3,3 Milliarden Profit. Das ist eine Verdreifachung des Gewinns im Vergleich zum 3. Quartal des Vorjahres (Wäscher 2022). Die Gründe dafür liegen unter anderem in der Struktur liberalisierter Energieversorgung. Durch den Handel der Energieressourcen an der Börse und den Merit-Order-Effekt sind die Energiepreise extremen Schwankungen unterworfen und steigen immer weiter an. Die steigenden Preise werden auf die Konsument:innen umgelegt, während ihre Löhne und Gehälter gleich bleiben. In der Folge verdienen Investor:innen und Spekulant:innen an der Krise, während die Konsument:innen in Existenznöte geraten. Nicht nur wegen der steigenden Preise, sondern auch in Anbetracht der Klimakrise fordern Attac, kritische Ökonom:innen und soziale Bewegungen eine grundsätzliche Debatte über die Bepreisung und Verteilung von Gütern der Daseinsvorsorge (vgl. z. B. Schulmeister 2022, Es Reicht!, Attac 2018, Picek 2022).

Attac Österreich hat deshalb das Konzept eines Energie-Grundanspruchs entwickelt. Dieser dämpft die steigenden Energiepreise und die mit ihnen einhergehenden sozialen Ungleichheiten. Warum der Energie-Grundanspruch dafür besser geeignet ist als die von der Regierung angestoßene Strompreisbremse und warum Attac langfristig eine demokratische, vergesellschaftete Daseinsvorsorge fordert, soll in diesem Artikel erklärt werden.

2. Auswirkungen des Handels von Energie an Börsen

2.1 Der Merit-Order-Effekt: Steigende Strompreise trotz gleichbleibender Produktionskosten

Der Energiepreis in Österreich ergibt sich nicht durch die Produktionskosten, sondern wird an europäischen Märkten gehandelt. Zwar kaufen große Stromkunden, wie Industrieunternehmen oder Stadt-

werke, ungefähr die Hälfte des Stroms direkt bei den Erzeuger:innen ein, die andere Hälfte jedoch wird an der Strombörse gehandelt. Dabei wird ein Teil der Stromkontingente auf Terminmärkten in Form von „Futures“ gehandelt. Das sind größere Pakete, die Stromkund:innen oft bevorzugen, weil sie damit die Stromversorgung mehrere Jahre im Voraus planen können. Weil der Stromverbrauch in der Zukunft aber nicht völlig planbar ist, müssen die Stromkund:innen Teile des benötigten Stroms täglich am Spotmarkt, auch Intraday-Market oder Day-Ahead-Market genannt, hinzukaufen.

Auf den Spotmärkten geben alle Stromanbieter täglich an, wie viel Strom sie aus welchen Stromquellen zu welchem Preis anbieten. Das Merit-Order-System bestimmt, welche Anbieter ihren Strom dann an den Spotmärkten verkaufen können. Den günstigsten Anbietern ist es möglich, ihren

Strom einzuspeisen, bis die benötigte Menge an Strom für den Tag erreicht ist. Die teuersten Anbieter laufen deshalb Gefahr, ihr Angebot

Obwohl in Österreich 84 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen, steigen die Preise für Strom enorm an.

nicht loszuwerden. Entscheidend ist aber, dass der teuerste, noch berücksichtigte Anbieter, den Preis für alle eingespeisten Stromquellen bestimmt (Grüter 2022). In der Regel ist das in Österreich Strom aus einem Gaskraftwerk. Auch der restliche, in der Produktion günstigere Strom wird dann zum Preis des teureren, im Gaskraftwerk produzierten Stroms verkauft.

Der sogenannte Merit-Order-Effekt entsteht: Die Betreiber von Kraftwerken erneuerbarer Energien können exorbitante Übergewinne erzielen. Durch die wegen des Ukraine-Kriegs extrem gestiegenen Gaspreise erreichen auch die Strompreise Höchstwerte. In Österreich sind die Folgen des Merit-Order Effekts besonders absurd: Obwohl der Anteil von erneuerbaren Energien der Stromerzeugung bei 84 Prozent liegt, steigen die Preise für Strom enorm an. Und das, obwohl die Produktion von erneuerbaren Energien praktisch gar nicht von den Auswirkungen des Ukraine-Kriegs sowie der damit einhergehenden Ressourcenknappheit und Preissteigerungen betroffen ist (Domke Seidel 2022).

2.2 Instabile Energiepreise als Ergebnis von Spekulationen

*verschiedene
Finanzmarktakteure können mit
Spekulation über
kurzfristige
Preisänderungen
Geschäfte machen*

Über Jahrzehnte hinweg wurden die drastischen Klimafolgen liberalisierter Energiemärkte ignoriert, während die zunehmende Abhängigkeit von autoritären Regimen, wie u. a. Russland, hingenommen wurde. Doch gerade in Krisenzeiten zeigen sich die Schwächen dieses Systems auf dramatische Weise. Dabei spielen besonders spekulative Geschäfte, die die Energiepreise in die Höhe treiben, eine entscheidende Rolle. Die Preisschwankungen entstehen nämlich nicht nur auf den Spotmärkten mit dem Handel echten Erdgases, sondern insbesondere auf den Derivatmärkten. Dort wird nicht mit Gas, sondern mit Spekulationen und Wetten über dessen Preisentwicklung gehandelt. Es schalten sich deshalb ganz verschiedene Finanzmarktakteure – die rein gar nichts mit Produktion oder Versorgung zu tun haben – hinzu, weil sie mit der Spekulation über kurzfristige Preisänderungen Geschäfte machen können (Schulmeister 2022). Dabei wird die Preisbildung unter anderem durch politische Ereignisse kurzfristig enorm über die realwirtschaftlichen Faktoren hinaus beeinflusst. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Gaspreisentwicklungen im August 2022 nachdem die russische Regierung die weitere Unterbrechung der Gaspipeline Nord Stream 1 angekündigt hatte, stiegen die europäischen Gaspreise um 20 Prozent, weitere zwei Wochen später lagen sie sogar 50 Prozent höher als zwei Jahre zuvor, innerhalb eines halben Jahres sind sie um das Vierfache angestiegen (Kaufmann 2022). Gerade in den letzten Monaten haben wir gesehen, wie sich so die Preisbildung und damit die Kosten für Konsument:innen durch den Börsenhandel von den tatsächlichen Produktionskosten und Verfügbarkeiten von Energieressourcen entkoppelt haben.

3. Überverbrauch von reichen Haushalten

*Umverteilung
von den Energie-
konsument:innen
hin zu den Energiekonzernen*

Während energiearme Haushalte mit den Preissteigerungen zu kämpfen haben, findet eine Umverteilung von den Energiekonsument:innen zu den Energiekonzernen statt. Eine weitere Dimension der Ungleichheit offenbart sich mit Blick auf den Energieverbrauch nach Einkommensgruppen. Studien aus Österreich (Statistik Austria 2019) und Deutschland (Held 2019) belegen, dass mit einem höheren Haushaltseinkommen der Energieverbrauch steigt. Das betrifft sowohl Elektrizität als auch Heizenergie.

Eine Studie aus Deutschland (Held 2019) zeigt, dass Personen im obersten Einkommensdezil – also die 10 Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen – rund 50 Prozent mehr Haushaltsstrom als Personen im untersten Dezil verbrauchten. Bei der Heizenergie ist dieser Anteil sogar noch höher: Personen im zehnten Einkommensdezil (8.652 kWh/P/a) verbrauchen fast doppelt so viel Heizenergie wie im ersten Einkommensdezil (4.534 kWh/P/a).

wirksame politische Vorschläge müssen auf den Überverbrauch von reichen Haushalten reagieren

Berechnungen des Momentum Instituts zeigen, dass in Österreich das reichste Einkommensfünftel ein Drittel mehr Gas verheizt als die Mittelschicht. Vergleicht man den Verbrauch mit dem ärmsten Einkommensfünftel sind es sogar 80 Prozent mehr (Blaha 2022a). Würden die Reichsten 20 Prozent ihres Verbrauchs auf den Durchschnittsverbrauch reduzieren, so könnte bereits ein signifikanter Anteil des Gasgesamtverbrauchs von Haushalten eingespart werden (Momentum Institut 2022).

Die Daten aus Deutschland und Österreich verdeutlichen: Reiche Haushalte verbrauchen besonders viel. Das ist wegen der Knappheit an Gas und insbesondere mit Blick auf die Klimakatastrophe fatal. Ein wirksamer politischer Vorschlag, muss auf den übermäßigen Energieverbrauch von reichen Haushalten reagieren.

4. Die Strompreisbremse: Ungerecht und klimaschädlich

Angesichts der explodierenden Energiekosten, deren Ursache gerade bei Strom in Liberalisierung und Spekulation statt steigender Produktionskosten zu finden ist, stellte die Bundesregierung im September ihr Modell für die sogenannte Strompreisbremse vor (BMK 2022). Kern dieses Pakets sind staatliche Zuschüsse für die ersten 2.900 Kilowattstunden – rund 80 Prozent des Durchschnittsverbrauchs – pro Haushalt: Überschreitet der Arbeitspreis pro Kilowattstunde den Schwellenwert von 10 Cent, wird die Differenz mit bis zu 30 Cent vom Staat gefördert. Angaben des Klimaministeriums zufolge soll diese Maßnahme Haushalte durchschnittlich um € 500 pro Jahr entlasten. Zusätzlich sieht das Modell vor, 75 Prozent der Netzkosten von Personen zu übernehmen, die von Rundfunkgebühren ausgenommen sind. Dieser Schritt soll laut Klimaministerium für 300.000 Personen weitere Einsparungen in der Höhe von € 200 bringen. Zuletzt soll es für Haushalte, in denen mehr als drei Personen wohnen, die Möglichkeit geben, einen Antrag auf zusätzliche Förderungen zu stellen (BMK 2022).

staatliche Zuschüsse sollen durchschnittliche Entlastung von 500 Euro pro Jahr und Haushalt erbringen

Obwohl dieser Vorstoß ein längst überfälliger Schritt ist, um die außer Kontrolle geratenen Energiekosten abzufedern, weist die Strompreisbremse erhebliche Mängel auf. Zunächst ist es nicht nachvollziehbar, wieso die Bundesregierung der über uns hereinbrechenden Energiekrise monatelang tatenlos zusah, anstatt die ins Unermessliche wachsenden Profite der Energieunternehmen zeitgerecht und entschlossen zu begrenzen. Wirtschaftsminister Kocher sprach sich noch im Sommer 2022 gegen einen politischen Eingriff in den Preisbildungsmechanismus aus (ORF 2022), obwohl zu diesem Zeitpunkt die fatalen Folgen der Liberalisierung des Energiemarktes längst offensichtlich waren. Angesichts dieser zögerlichen Einstellung und des Festhaltens an marktradikaler Ideologie bis zuletzt, ist es nicht verwunderlich, dass die Strompreisbremse eine unausgelegene Halblösung wurde, und darin versagt, die Ursachen der krisenhaften Entwicklung zu adressieren, oder sozial treffsicher zu sein.

Die fehlende Treffsicherheit der Strompreisbremse in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung folgt unter anderem daraus, dass die Haushaltsgröße nicht a priori in die Bemessung der geförderten Energiemenge einbezogen wurde. Während kleine Haushalte deutlich

weniger als den Schwellenwert von 2.900 Kilowattstunden benötigen, liegt dieser Betrag deutlich unter dem durchschnittlichen Verbrauch größerer Haushalte. Ein Fünf-Personen-Haushalt gibt beispielsweise im Durchschnitt das Doppelte eines Single-Haushalts für Energie aus

lebensnotwendige Energie für größere Wohneinheiten bleibt unerschwinglich, kein Anreiz zum Einsparen in Single-Haushalten

(Frey, zitiert in Attac 2022a), die Menge an geförderter Elektrizität ist jedoch die gleiche. Als Konsequenz gibt es für kleine Wohnverbände keinerlei Anreiz, klimaschädlichen Luxuskonsum einzusparen, gleichzeitig bleibt lebensnotwendige Energie für größere Wohneinheiten unerschwinglich. Eine zusätzliche Förderung für Haushalte mit drei oder mehr Personen muss gesondert beantragt werden – eine Hürde, die für viele Armutsbetroffene aufgrund mangelnder Informationen, administrativen Aufwands und möglicher sprachlicher Barrieren unüberwindbar ist. Verschärft wird dieses Versagen der sozialen Treffsicherheit durch eine ungerechtfertigt restriktive Definition davon, welche Haushalte Anspruch auf Förderung der Netzkosten haben: Zwar haben 300.000 von Rundfunkgebühren befreite Personen Anspruch auf zusätzliche Unterstützung, die Anzahl an armutsgefährdeten Menschen liegt mit

1,292 Millionen aber erheblich höher (Statistik Austria 2022b; Blaha 2022b). Nahezu eine Million armutsgefährdete Menschen werden also von der Netzkostenförderung ausgeschlossen, während gutsituierte Ein-Personen-Haushalte gegebenenfalls ihre Whirlpools mit Hilfe von Förderungen sorglos heizen können. Die Strompreisbremse entlastet armutsgefährdete Haushalte daher zu wenig, während sie gleichzeitig keinen Anreiz für kleine oder reiche Haushalte setzt, klimaschädlichen Luxuskonsum zu reduzieren.

Darüber hinaus ist eine halbherzige Einbremsung des Strompreises vollkommen unzureichend, nachdem Haushalte 2019/2020 rund dreimal so viel Energie für das Heizen verwendeten als in der Form von Elektrizität (Statistik Austria 2022a). Angesichts der Tatsache, dass schon zu Vorkrisenzeiten 6,9 Prozent der armutsgefährdeten Haushalte sich das Heizen ihrer Wohnung nicht leisten konnten (Statistik Austria 2021: 21), ist es untragbar, diese Menschen der Profitlogik des entfesselten Marktes auszuliefern. Ein Eingriff in die rapide steigenden Heizkosten ist daher unbedingt notwendig (Attac 2022a).

halbherzige Einbremsung des Strompreises, Eingriff in die rapide steigenden Heizkosten unbedingt notwendig

Zuletzt schließt die Strompreisbremse in der gegenwärtigen Ausgestaltung nicht aus, dass eine Stromanbieter:in den Arbeitspreis in Hinblick darauf erhöht, die größtmögliche Förderleistung ausbezahlt zu bekommen (Braun et al. 2022). In diesem Fall gäbe es zusätzlich zu den ohnehin schon erwirtschafteten Übergewinnen de facto Transferleistungen von den Steuerzahler:innen hin zu Stromerzeuger:innen.

Sowohl in Bezug auf soziale Gerechtigkeit wie auch im Hinblick auf die weiterhin eskalierende Klimakatastrophe ist dieses Fördermodell daher ein schmerzhafter Fehlschlag. Auch die Ursachen der Krise, also die Liberalisierung des Energiemarktes, durch welche Profitlogik statt Versorgungssicherheit die treibende Kraft der Energieproduktion wurde, werden mit der Strompreisbremse nicht gelöst. Unsere Energiesicherheit ist also weiterhin den Schwankungen eines spekulationsgetriebenen Marktes ausgeliefert.

Energiesicherheit weiterhin Schwankungen eines spekulationsgetriebenen Marktes ausgesetzt

5. Klimasozialer Grundanspruch statt neoliberalen Marktradikalismus: Das Problem an der Wurzel packen

Die Gründe für die gegenwärtige Krise sind vielschichtig und komplex, und dennoch lassen sich drei Handlungsanweisungen aus der aktuellen Situation ableiten:

*sozial gerechte
Versorgung mit
lebensnotwendi-
ger Energie und
Reduktion des Ge-
samtverbrauches.*

Erstens muss die unmittelbare Versorgung mit lebensnotwendiger Energie – sowohl was Elektrizität als auch Wärme angeht – schnell und sozial gerecht sichergestellt werden. Zweitens muss der Gesamtverbrauch reduziert werden, um eine weitere Eskalation der Klimakatastrophe abzuwenden, indem Luxuskonsum eingeschränkt und unsere Produktionsweise der Befriedigung von Bedürfnissen anstatt der Profitlogik untergeordnet wird. Und drittens müssen die strukturellen Ursachen des aktuellen Marktversagens adressiert werden, um die Energieversorgung für die Zukunft krisenfester und sozial gerechter zu gestalten.

Im Gegensatz zu der Strompreisbremse der Schwarz-Grünen Regierung, die an den genannten Anforderungen fulminant scheitert, erfüllt das Attac-Modell jeden dieser Punkte. Schauen wir uns den Energie-Grundanspruch daher genauer an.

5.1 Der Attac Energie-Grundanspruch

*Energie-Grun-
danspruch: Staat
greift aktiv in den
Markt ein, um Ver-
sorgungssicherheit
zu garantieren*

Der Attac Energie-Grundanspruch stellt die Basisversorgung aller Haushalte mit Elektrizität und Wärmeenergie auf sozial gerechte Weise sicher, während der Gesamtverbrauch reduziert wird. Dies gelingt, indem die notwendige Menge an Energie als öffentliche gesellschaftliche Leistung begriffen und allen zur Verfügung gestellt wird, der Staat also aktiv in den Markt eingreift, um Versorgungssicherheit zu garantieren (Attac 2022b: 4–5). Zu diesem Zweck wird der Normverbrauch von Haushalten unter Bezugnahme der Haushaltsgröße berechnet.

*mehrere Tarifstu-
fen mit staatlicher
Förderung und
progressiv steigen-
den Preisen bei
hohem Verbrauch*

Die ersten 50 Prozent dieses Normverbrauchs werden zur Gänze (exklusive Fixkosten) staatlich gefördert, der volle Arbeitspreis, also der Preis pro Kilowattstunde verrechnet vom Energieanbieter, wird daher ersetzt. Der weitere Verbrauch bis zu 80 Prozent des Normverbrauchs wird den Verbraucher:innen zu dem Arbeitspreis des Energieanbieters zur Verfügung gestellt, und jeder darüber hinausgehende Konsum wird mit Abgaben in progressiv steigender Höhe belegt (Tabelle 1). Diese Tarifstufen führen also dazu, dass der notwendige Grundverbrauch von Elektrizität und Wärmeenergie garantiert leistbar bleibt, während Luxuskonsum deutlich teurer wird. Die genauen Tarifstufen und Abgaben für Strom und Gas sind in dem Konzeptpapier „Der sozial-ökologische Energie-Grundanspruch“ (Attac 2022b: 8–9) nachzulesen und sollten laufend an die aktuellen Preisentwicklungen angepasst werden.

Tabelle 1: Klimasoziale Tarifstufen zum Energie-Grundanspruch, Elektrizität

Tarifstufe	Prozent des Normverbrauchs	Arbeitspreis je kWh des Energieanbieters (im Durchschnitt)	Staatliche Subvention/Abgabe	Modifizierter Arbeitspreis je kWh
1	0–50	0,15 €	-0,15 €	0,00 €
2	51–80	0,15 €	0,00 €	0,15 €
3	81–100	0,15 €	0,15 €	0,30 €
4	101–110	0,15 €	0,65 €	0,80 €
5	111–120	0,15 €	1,45 €	1,60 €
6	121– alles darüber	0,15 €	2,25 €	2,40 €

Quelle: Inhalt der Tabelle ist entnommen von Attac (2022b: 8). Der angenommene Durchschnittswert des Arbeitspreises dient der Illustration des Modells und bezieht sich nicht notwendigerweise auf aktuelle Energiepreise.

Um die soziale Gerechtigkeit und ökologische Verträglichkeit des Grundanspruchs zu gewährleisten, wird der Normverbrauch zudem auf zwei Arten berechnet (Attac 2022b):

- Für Haushalte, die überdurchschnittlich viel Energie verbrauchen, wird der österreichische Durchschnitt als Normverbrauch herangezogen. Es werden also 50 Prozent des für die jeweilige Haushaltgröße typischen Verbrauchs zur Gänze (exklusive Fixkosten) ersetzt (Attac 2022b: 6).
- Für Haushalte, die unterdurchschnittlich viel Energie verbrauchen, wird der eigene Verbrauch des Vorjahres als Normverbrauch festgelegt (Attac 2022b: 6).

Anders als die zeitlich begrenzte Strompreisbremse stellt das Attac-Modell einen ersten Schritt in Richtung eines dauerhaften Umstiegs auf das Grundanspruchmodell dar, in dem notwendige Güter des täglichen Bedarfs nicht mehr den Schwankungen des liberalisierten Markts ausgeliefert werden, sondern in ausreichendem Ausmaß dauerhaft von und für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

notwendige Güter des täglichen Bedarfs dauerhaft von und für die Allgemeinheit zur Verfügung stellen

Aufgrund der Klimakatastrophe muss der Gesamtverbrauch an Energie gesenkt werden. Dennoch ist es für manche Haushalte aufgrund individueller Gegebenheiten unvermeidbar, überdurchschnittlich viel Energie zu verbrauchen. Haushalte, deren Verbrauch beispielsweise durch ineffiziente Stromheizungen oder Elektroboiler unumgänglich

über dem Durchschnitt liegt, müssen daher gezielt und treffsicher unterstützt werden (Attac 2022c). Auf der einen Seite sieht der Energie-Grundanspruch kurzfristige staatliche Transferleistungen vor, um den notwendigen Energiebedarf solcher Haushalte akut zu decken,

für manche Haushalte ist es unvermeidbar, aufgrund individueller Gegebenheiten überdurchschnittlich viel Energie zu verbrauchen

und andererseits soll eine Umstellung auf effizientere Systeme durch die Bereitstellung von Energieberatung und Förderungen des Umstiegs ermöglicht werden

(Attac 2022b: 19). Ausnahmen sind außerdem erforderlich bei Haushalten mit besonderen Bedürfnissen, dazu zählen beispielsweise Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Solche Härtefälle, bei denen ein Preismodell nicht greift, das sich auf den Normverbrauch bezieht, bedürfen einer Abfederung durch weitere unbürokratische Unterstützung (Attac 2022b: 19).

Die Kosten des Energie-Grundanspruchs sind nach Berechnungen von Attac (2022b: 13ff.) zu einem Teil durch die Abgaben auf Luxuskonsum und die Besteuerung von Übergewinnen deckbar: Obwohl eine Schätzung der Abgaben aufgrund der dynamischen Gestaltung des Modells schwierig ist, rechnet Attac alleine aus der Tarifstufe drei des Elektrizitätsverbrauchs (81–100 Prozent des Normverbrauchs) mit Einnahmen von rund € 600 Millionen. Weitere Einnahmen aus Tarifstufen vier bis sechs sind in diese Zahlen noch nicht eingerechnet. Eine analoge partielle Querfinanzierung ist für den Energieanspruch auf Gas möglich. Außerdem würde eine Übergewinnsteuer von 20 Prozent auf die Gewinne der größten Energieversorger:innen im Jahr 2021 zusätzlich € 380 Millionen einbringen (Attac 2022b: 14). Ein großer Teil der von Attac berechneten € 1,4 Milliarden, welche die Stützung der Preise auf Elektrizität bis 50 Prozent des Normverbrauchs kostet, kann also gegen- und querfinanziert werden. Krisengewinner:innen und Reiche werden im Attac-Modell daher – in stärkerem Ausmaß als bei der Strompreisbremse – verpflichtet, ihren Teil zur Finanzierung des Energie-Grundanspruchs beizutragen, und lediglich die Differenz müsste vom Staat bezahlt werden. Welche Einnahmen die Abschöpfung der Übergewinne bringt, die von der Regierung am 18.11.2022 vorgestellt wurde, lässt sich zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Datenlage nicht seriös abschätzen.

Das Attac-Modell kann, bei entsprechendem politischem Willen, sofort und unbürokratisch verwirklicht werden, da die Förderung direkt über die Energieversorger:innen abgerechnet wird (Attac 2022c). Ein Mehraufwand für Verbraucher:innen ist dadurch nicht gegeben und potenzielle Verluste der Energieversorger:innen können so bis zu einer gewissen Höhe von der öffentlichen Hand ausgeglichen werden – sofern die interne Kostenstruktur der Öffentlichkeit transparent zugänglich gemacht wird und keine Dividenden ausgeschüttet oder Manager:innen-Boni gezahlt werden (Attac 2022b: 4–5).

5.2 Energie-Grundanspruch statt Strompreisbremse: Ein erster Schritt auf dem Weg zur Bedarfsökonomie

Im Vergleich mit der Strompreisbremse der Regierung liegen die Vorteile des Attac Energie-Grundanspruchs auf der Hand: Die Versorgung mit Strom und Heizenergie wird schnell und dauerhaft sichergestellt. Durch die Orientierung des Normverbrauchs an der Haushaltsgröße und der vollständigen Erstattung der ersten 50 Prozent des Verbrauchs ist der Energie-Grundanspruch sozial gerecht und treffsicher. Zudem werden Reiche und Kriesengewinner:innen durch die Tarifstufen sowie die geforderte Übergewinnsteuer verpflichtet, ihren Teil zur Deckung der Kosten beizutragen. Die Strompreisbremse hingegen entlastet nur temporär den Stromverbrauch, nicht aber die Heizkosten, und bevorteilt kleinere Haushalte zulasten von größeren. Während das Attac-Modell klimaschädlichen und unsolidarischen Luxuskonsum verteuert und somit den Gesamtverbrauch senkt, gibt es bei der Strompreisbremse keinerlei Mechanismen zur Reduktion von Energieverbrauch. Im Gegenteil bietet die Überförderung kleiner Haushalte sogar Anreize zum Luxuskonsum zulasten der Allgemeinheit. Zuletzt handelt es sich bei der Strompreisbremse nur um zahnlose Symptombekämpfung, die die Ursachen der Krise und die Profitlogik der Produktionsweise unangetastet lässt.

*sozial gerecht:
Orientierung des
Normverbrauchs
an der Haushalts-
größe und voll-
ständige Erstat-
tung der ersten
50 Prozent des
Verbrauchs*

Der Energie-Grundanspruch ist im Gegensatz dazu ein wichtiger Schritt in Richtung einer Bedarfsökonomie, bei der die Befriedigung von Bedürfnissen und das Wohlergehen aller im Zentrum steht. Attac bezieht hier klar Position. Die Daseinsvorsorge muss den Logiken des Marktes und spekulativen Geschäften an der Börse entzogen werden. Der aktuelle Zustand, in dem Reiche mehr verbrauchen, die Klimakatastrophe weiter befeuern und Profite auf Kosten der Vielen machen, muss beendet werden. Deshalb fordert Attac zunächst den

*Daseinsvorsorge
muss den Logiken
des Marktes
entzogen werden*

mittelfristig Vergesellschaftung der Energieversorgung für eine bedürfnisorientiertere Produktion nötig

Energie-Grundanspruch und langfristig eine demokratische Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge.

Mittelfristig strebt Attac daher die Ausdehnung des Grundanspruchsmodells auf sämtliche Güter des täglichen Bedarfs an, um die Versorgungssicherheit dauerhaft und krisensicher zu garantieren. Damit lebensnotwendige Güter nachhaltig von den spekulationsgetriebenen Schwankungen und der Profitlogik des Marktes befreit werden, setzt sich Attac deshalb für eine Vergesellschaftung der Energieversorger:innen ein, da nur durch diesen Schritt eine demokratisierte und bedürfnisorientierte Produktion möglich ist. Die klimasoziale Transformation kann nur gelingen, indem bedürfnisorientierte Strukturen anstelle von profitorientierten fossilen Energieproduzent:innen aufgebaut werden, in denen Bürger:innen in demokratischer Weise ihre Energieversorgung mitgestalten können. Anzeichen solcher Alternativen sind durch Bürger:innenkraftwerke, Energiegenossenschaften und demokratische Stadtwerke bereits heute in Ansätzen ersichtlich (Attac 2018: 5).

Literatur

- » Attac (2018): *Energiedemokratie. Positionspapier*, April 2018, Attac.at, [online] https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/shop/positionspapiere/Energiedemokratie.pdf [abgerufen am 17.11.22].
- » Attac (2022a): *Attac zur Strompreisbremse: Unsozial und klimaschädlich*, Attac.at, 5.9.22 [online] <https://www.attac.at/news/details/attac-zu-strompreisbremse-unsozial-und-klimaschaedlich> [abgerufen am 11.11.22].
- » Attac (2022b): *Energie. Garantiert. Gerecht. Der sozial-ökologische Grundanspruch*, Attac.at, [online] https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/presse/downloads/Energie-Grundanspruch_FINAL.pdf [abgerufen am 13.11.22].
- » Attac (2022c): *Der Energie-Grundanspruch. Energie. Garantiert. Gerecht*, Attac.at [online] <https://www.attac.at/kampagnen/energie-garantiert-gerecht/der-energie-grundanspruch> [abgerufen am 20.11.22].
- » Arbeit&Wirtschaft (2022): *Das raubt uns die letzte Energie*, in: *Arbeit&Wirtschaft*, 26.9.22. [online] <https://www.arbeit-wirtschaft.at/das-raubt-uns-die-letzte-energie/> [abgerufen am 8.11.22].
- » Blaha, Barbara (2022a): *Energie verprassen verboten*, Momentum Institut, 28.10.22 [online] <https://www.momentum-institut.at/news/energie-verprassen-verboten> [abgerufen am 8.11.22].
- » Blaha, Barbara (2022b): *Strompreisbremse: Ein Start, weitere Preisdeckel müssen folgen*, Momentum Institut, 14.09.22. [online] <https://www.momentum-institut.at/news/strompreisbremse-ein-start-weitere-preisdeckel-muessen-folgen> [abgerufen am 11.11.22]
- » BMK (2022): *Stromkostenbremse beschlossen*, bmk.gv.at, 9.7.22. [online] <https://www.bmk.gv.at/aktuelles/2022/07/09/stromkostenbremse-beschlossen>

- [ps://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/20220907_stromkostenbremse.html](https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/20220907_stromkostenbremse.html) [abgerufen am 11.11.22].
- » Braun, Hanna / Frey, Iris / Schenk, Martin / Steinhardt, Felix (2022): Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird. In: Die Armutskonferenz (Hrsg.): Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten. Buch zur 13. Armutskonferenz. In Druck.
 - » Domke Seidel, Christian (2022): Merit-Order: Das teuerste Kraftwerk bestimmt den Strompreis, in: Arbeit&Wirtschaft, 24.8.22. [online] <https://www.arbeit-wirtschaft.at/merit-order-strompreis-kraftwerk-inflation-erneuerbare-energien/> [abgerufen am 8.11.22].
 - » Es Reicht! (2022): Gemeinsam Aufstehen gegen die Teuerungen. [online] <https://esreicht.teuerungen.at/> [zuletzt abgerufen am 15.11.2022].
 - » Grüter, Thomas (2020): Merit-Order-Prinzip: Warum das teure Gas auch den Strompreis mit nach oben reißt, Spektrum. [online] <https://www.spektrum.de/news/merit-order-prinzip-warum-der-strompreis-nach-oben-schnellt/2051949> [abgerufen am 18.11.2022].
 - » Held, Benjamin (2019): Einkommensspezifische Energieverbräuche privater Haushalte. Statistisches Bundesamt, WISTA. [online] https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2019/02/einkommensspezifische-energieverbraeuche-022019.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am 11.11.22].
 - » Kaufmann, Stephan (2022): Börsenspekulation treibt Energiepreise. Rekorde bei Gas und Strom; Neues Deutschland, 26.8.22. [online]. <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1166436.energiekrise-boersenspekulation-treibt-energiepreise.html> [abgerufen am 15 November 2022].
 - » Momentum Institut (2022): Reichstes Einkommensfünftel mit überdurchschnittlichem Gasverbrauch, Momentum Institut. [online] https://www.momentum-institut.at/grafik/reichstes-einkommensfuenftel-mit-ueberdurchschnittlichem-gasverbrauch?utm_campaign=Momentum%20Institut%20%7C%20Think%20tag%20der%20Vielen [abgerufen am 10.11.22].
 - » Österreichischer Rundfunk (ORF) (2022): Viele Wünsche vor Krisengipfel, orf.at, 8.1.22. [online] <https://orf.at/stories/3279006/> [abgerufen am 11.11.22].
 - » Picek, Oliver (2022): Gaspreis: Warum die Börse die Gasrechnung verteuert. Momentum Institut, 2.7.2022. [online]. <https://www.momentum-institut.at/news/gaspreis-warum-die-boerse-die-gasrechnung-verteuert> [abgerufen am 15 November 2022].
 - » Schulmeister, Stephan (2022): Die schwankenden Rohstoffpreise sind das Ergebnis von Finanz-Spekulation, Interviewed von Huber, Patricia. In: kontrast.at, 13.4.22. [online] <https://kontrast.at/schulmeister-inflation-2022/> [abgerufen am 10.11.22]
 - » Statistik Austria (2019): Energiearmut in Österreich. Haushaltsenergie und Einkommen. E-Control Austria. [online] https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/energiearmut_in_oesterreich_2016.pdf [abgerufen am 17.11.22].
 - » Statistik Austria (2021): Erweiterte Betrachtung der Energiearmut in Österreich. Hohe Energiekosten bzw. Nicht-Leistbarkeit von Energie

für Wohnen. Statistik Austria, Energie-Control Austria. [online] https://www.e-control.at/documents/1785851/1811582/erweiterte_betrachtung_der_energiearmut_in_oesterreich_2018.pdf/a84ce3a9-d544-e554-609b-f61a9a094768?t=1619162241448 [abgerufen am 11.11.22].

- » Statistik Austria (2022a): Energieeinsatz der Haushalte. Statistik.at. [online] <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energieeinsatz-der-haushalte> [abgerufen am 11.11.22].
- » Statistik Austria (2022b): Poverty, Statistik.at 28.4.22. [online] <https://www.statistik.at/en/statistics/population-and-society/income-and-living-conditions/poverty> [abgerufen am 11.11.22].
- » Wäscher, Klara (2022): Wie und warum wir die OMV enteignen wollen. Mosaik Blog. 27.10.2022 [online] <https://mosaik-blog.at/omv-enteignen/> [abgerufen am 18.11.2022]